Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER RUF NACH «WENIGER POLITIK»

«Die beste Politik ist von nun an *weniger* Politik.» Dieser Ausspruch entstammt nicht etwa dem letztjährigen Wahlprogramm einer bürgerlichen Partei, die sich gegen Steuerdruck und übermässige staatliche Reglementierung zur Wehr setzte. Es war *Lenin,* der im Dezember 1920 vor dem Sowjetkongress angesichts schwerer Wirtschaftsprobleme dazu aufrief. Er empfahl, sich mehr an Ingenieure und Agronomen als an Berufspolitiker zu halten, und prägte in diesem Zusammenhang übrigens auch eines der zentralen bolschewistischen Losungsworte der zwanziger Jahre, wonach Kommunismus schlicht und einfach «Sowjetmacht plus Elektrifizierung» sei – eine These, der auch die heutige Sowjetführung im Grunde noch immer eifrig nachlebt, indem sie die Produktion von Kernenergie in raschem Tempo durch neue Kraftwerkbauten voranzutreiben sucht.

Das Wort ausgerechnet aus diesem Munde zeigt, dass der heute in vielen Ländern gängige Ruf nach «weniger Staat» nicht einfach als «liberalkonservatives Vorurteil» abgetan werden darf. Er kann sich offenbar auch unter ganz andern ordnungspolitischen Perspektiven aufdrängen, wenn etwa die Ursachen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen konsequent überdacht werden. Im Ostblock ist das Problem zumindest seit dem Tode Stalins ein ständiges Traktandum; die jüngsten Ereignisse in Polen haben dies erneut drastisch sichtbar gemacht.

Dass die Diskussion um «weniger Staat» gegenwärtig auch in England hohe Wellen schlägt, kommt nicht von ungefähr. Grossbritannien war im letzten Jahrhundert eine Industrienation mit ausserordentlichen technologischen Pionierleistungen. Das hat auch ins zwanzigste Jahrhundert noch stark nachgewirkt. Doch heute spricht man von einer «kranken» britischen Nation, von einem Volk, dem mit dem Zusammenbruch des Kolonialsystems die Basis seines Reichtums entzogen worden sei und das trotzdem nicht «arbeiten gelernt» habe. Irgendwie passt dies alles nicht zusammen, oder genauer: Wenn so argumentiert wird, dann fehlt offensichtlich ein Glied in der Kette der «Indizienbeweise». Und dieses Glied besteht offenbar auch nach der Überzeugung ständig wachsender Kreise im Lande selbst in der Rolle des Staates.

Sie haben erkannt, dass man nicht ungestraft während Jahrzehnten aus Gründen opportunistischer Tagespolitik laufend gegen ökonomische Elementarregeln verstossen kann, zum Beispiel in der zentralen Frage der Währungs- und Geldmengenpolitik. Sie sehen ein, dass sieben längerfristige Perioden staatlicher Preisbindungen innert dreissig Jahren zwingend zu schweren Verzerrungen der Marktlage führen mussten. Es ist ihnen inzwi-

schen aufgegangen, dass die Labourmanie der Verstaatlichung fast sämtlicher Schlüsselindustrien die internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend gelähmt hat. Sie wissen ferner, dass zweieinhalbtausend Streiks im längerfristigen Jahresschnitt auch von einer besser strukturierten Volkswirtschaft nicht ohne Schaden verdaut werden könnten. Und schliesslich sind sie sich auch bewusst geworden, dass Einkommenssteuern bis zu über 90 Prozent jeglichen Leistungswillen blockieren.

Was haben solche Fakten mit einer innenpolitischen Kolumne zu tun, wo doch die schweizerischen Verhältnisse im Vergleich etwa zu den eben zitierten englischen nach wie vor geradezu idyllisch anmuten? Der Zusammenhang besteht darin, dass zumindest im Keime auch hierzulande fast durchgehend Ansätze politischer oder psychologischer Art vorhanden sind, welche in die gleiche Richtung deuten. So verstärkt sich der politische Druck, um die bisherigen rechtlichen und gesellschaftspolitischen Schranken für Streiks abzubauen und aus diesen eine Art Grundrecht zu machen. Der Steuerdruck ist zwar noch immer geringer als in den meisten andern Industriestaaten. Doch ist die Belastungsdifferenz, die bisher wesentlich zu unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit beigetragen hat, in den letzten zwanzig Jahren ganz massiv zusammengeschmolzen.

Was schliesslich den staatlichen Dirigismus betrifft, so tritt unter den politisch relevanten Gruppierungen nach wie vor niemand ernstlich für Verstaatlichungen in grösserem Umfange ein. Doch muss man sich fragen, was zum Beispiel im Bankensektor letzten Endes noch an Wirtschaftsfreiheit übrigbleibt, wenn die gegenwärtige Tendenz, alles und jedes detailliert zu reglementieren, weiterhin in dieser Intensität anhält. Auch haben wir uns allenthalben angewöhnt, im Zweifelsfall immer und überall nach Vater Staat zu rufen, sei es zum Ausgleich von wirtschaftlichen und sozialen Gefällen oder zur Lösung von Dienstleistungsproblemen. Dabei erscheint der Einzelfall meist als vernünftig. Doch wird zu leicht vergessen, dass auf diese Weise in der Summierung schliesslich eine «Regelungsdichte» im Bereich des Gesellschaftlichen und Wirtschaftlichen entstehen kann, welche die individuellen und wirtschaftlichen Freiräume, die zu unserer Staatsidee gehören, letzten Endes über Gebühr verkleinert oder gar erstickt.

Wir tun also gut daran, die «englische Krankheit» nicht einfach als fremdländisches Kuriosum abzutun, sondern als bitteres Lehrstück, das auch uns sehr unmittelbar angeht, mit der nötigen Sorgfalt und intellektuellen Redlichkeit zur Kenntnis zu nehmen.

Richard Reich

MENETEKEL POLEN

Es kann wohl keinen Zweifel daran geben, dass die Machthaber in Osteuropa heute das Experiment der Einführung freier Gewerkschaften in Polen mit gespannter Aufmerksamkeit und einer gehörigen Dosis Misstrauen verfolgen. Wie frei diese Gewerkschaften übrigens sein werden, kann erst die Zukunft zeigen. Aber allein schon die Tatsache, dass über eine solche Forderung verhandelt wird und dass sich die Regierung bereit erklärt, sie zu akzeptieren, ist im kommunistischen Imperium ein unerhörter Vorgang, ein Vorgang aber auch, in dem eine gewaltige Sprengladung mit Zeitzünder enthalten ist. Sollte es sich nämlich erweisen, dass solche Ansinnen durchgesetzt werden können, dann ist leicht vorauszusehen, dass sie Nachahmer finden werden. Aus der Einzelaktion Polen könnte ein Steppenbrand entstehen. Und dies fürchten die kommunistischen Potentaten wie der Teufel das Weihwasser.

In Polen haben sich die Unruhen an wirtschaftlichen Problemen entzündet. *Sie* waren vordergründig und haben den aufgestauten Unmut zur Explosion gebracht. Mit Hilfe der solchen Bewegungen innewohnenden Eigendynamik hat sie sich schliesslich zu einer landesweiten Protestbasis mit einer weit über die Fleischpreise hinausgehenden Rechtfertigung ausgeweitet. Erstaunlich – und neu – ist im Falle Polens nun aber das Faktum, dass es, und zwar auf beiden Seiten, gelungen ist, trotz der gefährlich sich zuspitzenden Lage diese schliesslich doch unter Kontrolle zu halten. In diesem Verhalten ist ein *Lernprozess* zu erblicken, und zwar ein Lernprozess bei den Arbeitern, die hart, aber diszipliniert auftraten und die erfolgreich mit der Tarnkappe des Sozialismus kämpften, und ein Lernprozess auch auf seiten der Partei, die im Gegensatz zur früher angewandten Taktik in ihre Politik wesentlich grössere Elastizitäten, vor allem eine breitere Kompromissmarge, einbaute.

Das Experiment Polen ist deshalb aber noch längst nicht abgeschlossen. Wenn die Partei versuchen sollte, die Arbeiter wiederum zu täuschen, so wird die Lage in Polen höchst labil bleiben. Wenn die Partei sich aber als «ehrlicher Makler» erweisen sollte, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass andere Bruderländer vom Nachahmungstrieb befallen werden. Einmal ist das Unmutspotential im kommunistischen Bereich auch ausserhalb Polens sehr gross, ein Dominoeffekt also nicht auszuschliessen. Und sodann schauen die einzelnen Länder im Rahmen der bisher zugelassenen reformpolitischen Spannbreite mit Argusaugen darauf, was an Häresie ungestraft verwirklicht werden kann. Der Nachahmungstrieb verstärkt die Wahrscheinlichkeit des Dominoeffektes. Dies gilt nun allerdings in erster Linie für die Satelliten. Beim grossen Bruder scheint vorläufig noch respektable Stabilität vorzuherrschen. Es ist aber daran zu erinnern, dass die Sowjetunion in den sechziger Jahren ebenfalls vom reformpolitischen Bazillus befallen wurde. Der Schein kann also durchaus trügen.

Willy Linder